



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2013

Suizidbeihilfe ist nicht nur eine medizinische Frage

Schaber, Peter

Abstract: Ob jemand Zugang zu einem tödlichen Mittel erhält, ist eine grundsätzliche ethische Entscheidung. Sie obliegt dem Staat und nicht nur den Ärzten. In der Schweiz fehlt eine solche gesetzliche Regelung.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-91095>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Schaber, Peter. Suizidbeihilfe ist nicht nur eine medizinische Frage. In: Neue Zürcher Zeitung, 162, 16 July 2013, 19.

Suizidbeihilfe ist nicht nur eine medizinische Frage

Ob jemand Zugang zu einem tödlichen Mittel erhält, ist eine grundsätzliche ethische Entscheidung. Sie obliegt dem Staat und nicht nur den Ärzten.

In der Schweiz fehlt eine solche gesetzliche Regelung. Von Peter Schaber

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Schweiz vor einiger Zeit dazu aufgefordert, die Suizidbeihilfe gesetzlich präziser zu regeln. Anlass dafür war die Klage einer älteren sterbewilligen Frau, die an keiner tödlichen Krankheit litt. Ihr wurde von den Ärzten und den Gesundheitsbehörden des Kantons Zürich das für einen Suizid erforderliche Natriumpentobarbital verweigert. Nicht dies allerdings fand der Europäische Gerichtshof problematisch, sondern den Umstand, dass es für solche Fälle in der Schweiz keine gesetzliche Regelung gibt. Man könne sich, so das Gericht, im Umgang mit der Frage, wer Zugang zum tödlichen Mittel erhalte, nicht allein auf die einschlägigen Richtlinien der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften (SAMW) abstützen. Vielmehr müsse der Staat klar regeln, ob und unter welchen Bedingungen sterbewilligen Menschen Zugang zum tödlichen Mittel zu gewähren sei. Im Fehlen einer solchen staatlichen Regelung sieht der Gerichtshof gar eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Keine voreilige Zurückweisung

Die Aufforderung Strassburgs wurde in den öffentlichen Reaktionen überwiegend kritisch kommentiert. Der Bundesrat habe 2011 entschieden, auf eine nähere gesetzliche Regelung der Suizidbeihilfe zu verzichten. Auch das Parlament habe sich in dieser Weise geäussert. Zudem sei es fraglich, ob von einer Verletzung der Menschenrechtskonvention die Rede sein könne, wenn ein so privater Lebensbereich nicht gesetzlich geregelt werde.

Man sollte das Strassburger Urteil nicht vorschnell ad acta legen. Es macht auf ein reales Problem aufmerksam: Für die Frage, wem das tödliche Mittel verweigert werden darf, sind nicht die Richtlinien der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften (SAMW) massgebend. Die Fragen, um die es dabei geht, sind keine medizinischen, sondern ethische. Weder auf die Frage, ob eine Sterbewillige klug handelt, noch gar auf die Frage, ob jemand aus dem Leben scheiden darf, gibt es medizinische Antworten. Natürlich formuliert die SAMW Richtlinien, die sie für ethisch hält. Aber es liegt nicht in ihrer Zuständigkeit, darüber zu entscheiden, welche Ansprüche Menschen berechtigterweise geltend machen können. Ob jemandem die tödliche Dosis Natriumpentobarbital verweigert werden darf oder nicht, muss von der staatlichen Gemeinschaft entschieden werden.

Die ältere Frau, die in Strassburg klagte, wollte ihrem Leben ein Ende setzen und erachtete es als ihr Recht, dies zu tun, sonst hätte sie nicht geklagt. Ob sie ein solches Recht hat, wird in unserer Gesellschaft kontrovers beurteilt. Einige teilen die Auffassung dieser Frau, andere sind der Ansicht,

ein grundsätzlich gesunder Mensch habe kein solches Recht und man dürfe ihm den Zugang zu Natriumpentobarbital verwehren. Doch nicht nur dieser spezielle Fall wird kontrovers beurteilt. Generell ist unklar, wer Zugang zum tödlichen Mittel erhalten soll. Der Vorschlag des Bundesrats, nur Todkranken Zugang zu gewähren, wurde als zu restriktiv zurückgewiesen. Vermutlich finden auch andere Vorschläge keine allgemeine Zustimmung, und die Antworten sowohl innerhalb als auch zwischen den Parteien divergieren. Sollen nicht nur Todkranke, sondern auch Lebensmüde auf ihren Wunsch hin den Giftbecher erhalten? Wie steht es mit psychisch Kranken, mit chronisch Kranken? Wem darf das Gift nicht verwehrt werden?

Das Bundesgericht hat 2006 festgestellt, zum Selbstbestimmungsrecht im Sinne des Art. 8 der Europäischen Menschenrechtserklärung gehöre auch das Recht, «über Art und Zeitpunkt der Beendigung des eigenen Lebens zu entscheiden». Es anerkennt ein Recht auf den eigenen Tod, sofern «der Betroffene in der Lage ist, seinen entsprechenden Willen frei zu bilden und danach zu handeln». Ein Urteil von 2010 machte allerdings deutlich, dass daraus kein Anspruch erwächst: Der Staat hat nicht dafür zu sorgen, dass der Sterbewillige Zugang zum tödlichen Mittel erhält.

Nicht nur ärztliche Kriterien

Es gibt gute Gründe, dass der Staat dem Einzelnen die Entscheidung über sein Lebensende überlassen und sich nicht einmischen sollte. Er sollte bloss dafür sorgen, dass kein Missbrauch betrieben wird und Menschen zum Beispiel gegen ihren Willen oder auf sozialen Druck hin ihrem Leben ein Ende setzen. Ein Problem bleibt aber bestehen: Wird der Zugang zum tödlichen Mittel nicht allen sterbewilligen Menschen gewährt, muss dies nach Kriterien geschehen, die den Betroffenen gegenüber gerechtfertigt werden können. Diese Kriterien festzulegen, ist Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft und nicht einer Akademie oder eines Berufsverbandes.

Gemäss ihrem Berufsethos haben Ärzte keine Pflicht, Menschen zu helfen, ihrem Leben ein Ende zu setzen. Deshalb könne es, so wird argumentiert, auch keinen Anspruch auf assistierten Suizid geben. Dieser Schluss ist nicht zu ziehen. Sofern Ärzte keine Pflicht haben, können Bürger ihnen gegenüber keine Ansprüche geltend machen, zum Beispiel, das tödliche Präparat zu erhalten. Dies bedeutet allerdings nicht, dass Bürger deshalb auch keinen Anspruch auf Suizid gegenüber dem Staat geltend machen können. Wer wie die ältere Frau ein Recht auf Suizid einklagt, tut dies nicht der Ärzteschaft, sondern der staatlichen Gemeinschaft gegenüber. Deshalb liegt die Antwort auf diese Klage in der Verantwortung des Staates. Er muss

den betroffenen Bürgern sagen, wem aus welchen Gründen und unter welchen Bedingungen der Giftbecher verweigert werden darf. Er könnte sich an anderen Kriterien als die Ärzteschaft orientieren und müsste für die Abgabe des Natriumpentobarbitals gegebenenfalls sorgen. Wie auch immer das Urteil ausfällt, die Entscheidungsverantwortung liegt beim Staat und kann nicht auf die Ärzteschaft abgeschoben werden. Darauf macht uns das Urteil aus Strassburg zu Recht aufmerksam.

.....
Peter Schaber ist Professor am Ethik-Zentrum der Universität Zürich.